



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

"Unterlassene Hilfeleistung": Jagd-Minister reagiert auf Untätigkeit des Bundes angesichts Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, die aktuelle Wolfsverordnung für unwirksam zu erklären

23. Juli 2024

MÜNCHEN Bayerns Wirtschafts- und Jagdminister Hubert Aiwanger hat die Bundesregierung aufgefordert, endlich den Schutzstatus des Wolfes abzusenken und damit eine Bejagung des großen Beutegreifers zum Schutz von Weidetieren zu ermöglichen. Aiwanger: „Leider wurde unsere Wolfsverordnung erneut gerichtlich gekippt, was auf großes Unverständnis bei den Landwirten stößt. Es ist unerträglich, dass wir als Freistaat ständig versuchen müssen, mit eigenen Verordnungen die Weidetiere zu schützen, während der Bund sich weigert, geeignete Maßnahmen zu treffen. Der Bund hätte die Möglichkeit, den Schutzstatus des Wolfes abzusenken und den günstigen Erhaltungszustand festzustellen. Das wäre die Grundlage für ein sinnvolles Wolfsmanagement.“

Deutschland habe mit 2000 Wölfen die höchste Wolfsdichte weltweit. Aiwanger: „Dieser Bestand vermehrt sich jährlich um etwa 30 Prozent. Die meisten Wölfe pro Quadratkilometer gibt es damit im dichtbesiedelten Deutschland, nicht in Schweden oder Finnland, wie man meinen könnte. Wir erwarten, dass der Bund endlich seiner Verantwortung gerecht wird. Umweltministerin Steffi Lemke und Agrarminister Cem Özdemir müssen nur feststellen, dass der Wolf nicht mehr vom Aussterben bedroht ist und einen günstigen Erhaltungszustand aufweist. Dann könnten wir in den Bundesländern zumindest Problemwölfe entnehmen. Aber da steht ja die grüne Ideologie dagegen. Der Bund schaut hämisch und tatenlos zu, wie sich Weidetierhalter und Landesregierungen mit einem Problem herumschlagen, das vom Bund lösbar wäre, wenn man wollte. Das ist unterlassene Hilfeleistung gegenüber den malträtierten Weidetieren und den Tierbesitzern.“

Ansprechpartner:

Jürgen Marks

Leiter Pressereferat

